

Anfrage der HZ zum 5-Punkte-Plan der CDU und zur Abstimmung im Bundestag am 29.01.2025. Stellungnahme Bündnis 90/Die Grünen Haltern am See

Die gestrigen Ereignisse markieren einen schwarzen Tag in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Denn es ist passiert: Das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik war eine in Teilen gesichert rechtsradikale Partei Teil einer Mehrheit im Bundestag. Die AfD hat gemeinsam mit der FDP einem Antrag der CDU/CSU zur Migrationspolitik zugestimmt und ihm so zu einer Mehrheit verholfen. Noch vor zwei Monaten hatte CDU-Chef Friedrich Merz eine solche Mehrheit mit der AfD explizit ausgeschlossen. Dieses Versprechen hat Merz gestern gebrochen. Und das direkt im Anschluss an die Gedenkstunde des Bundestages zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus, in deren Tradition sich die wieder erstarkten antidemokratischen Kräfte in Deutschland stellen. Auffällig war, dass nur die AfD jubelte.

Wir hätten erwartet, dass Friedrich Merz im Vorfeld der Abstimmung über den 5-Punkte-Plan das Gespräch mit allen demokratischen Parteien gesucht hätte. Das hat er leider nicht getan, sondern die Spaltung der demokratischen Mitte riskiert und die antidemokratischen Kräfte gestärkt. Auch muss Merz sich fragen lassen, warum er diesen Schritt drei Wochen vor der Bundestagswahl getan hat. Wir nehmen aber auch wahr, dass die Meinungen in der Christlich-Demokratischen Union breit gefächert sind. So hat sich z.B. der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Daniel Günther, klar gegen eine Zusammenarbeit mit der AfD ausgesprochen und für einen Kompromiss geworben.

Auslöser der Initiative von Friedrich Merz waren die Morde in Aschaffenburg an Menschen, die in Deutschland zu Haus waren und sind. Unzweifelhaft müssen die Sicherheit unserer Mitbürger:innen und ihr Schutz vor solchen entsetzlichen Angriffen erhöht werden. Dazu braucht es klare, effektive Antworten in der Praxis, im Vollzug und in der Durchsetzung von Recht auf dem Boden des Grundgesetzes und des Europarechts. Ein Teil des Sicherheitspakets, das die Ampelregierung im letzten Herbst eingebracht hatte, wurde von der CDU/CSU im Bundesrat blockiert. Es muss endlich beschlossen werden. Denn hier geht es um wichtige Befugnisse der Sicherheitsbehörden, u.a. bei der automatischen Datenanalyse und dem biometrischen Abgleich im Internet zur Gesichtserkennung.

Entscheidend ist, dass alle demokratischen Kräfte in diesem Land sich gegen rechtsextreme Kräfte zusammenschließen und für Demokratie, Frieden und Menschlichkeit eintreten. In Haltern wird sich im Rahmen der Kundgebung „Zusammen Halte(r)n für Demokratie“ am 14.02.2025 ein breites Aktionsbündnis für diese Werte einsetzen.

30.01.2025

